

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Aufruf der nationalliberalen Partei Badens zu den Landtagswahlen

Aufruf der nationalliberalen Partei Badens zu den Landtagswahlen.

Mitbürger!

Die Landtagswahlen stehen nahe bevor; sie fordern uns auf, unsere Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und mit dem Ernste zu Euch zu reden, welcher der hohen Wichtigkeit dieser Wahlen entspricht.

Ihr wißt, daß unsere Gegner sich verbinden, um mit vereinten Kräften in den Wahlen den Sieg zu erringen. Konservative und Ultramontane, Demokraten mit ihrem Anhang, den Deutschfreisinnigen, sowie die Sozialdemokraten sind, mindestens nach den Auslassungen ihrer Parteileitung, gesonnen, einmütig einem Kandidaten unserer Gesinnung entgegenzutreten. So widersinnig die Verbindung auch ist, so zweifelhaft auch die Ehre eines solchen Kartells unter Parteien erscheint, deren Endziele sie zur entschiedensten Gegnerschaft untereinander verweist, so ist es doch vorhanden.

Ist vielleicht das Programm, welches wir verfolgen, dem deutschen Reich oder unserm Heimathlande gefährlich und schädlich?

Wir stehen fest zum deutschen Reiche, seiner Ehre und seiner Sicherheit. Wir widmen ein treues und dankbares Andenken seinen kaiserlichen Begründern und ihren großen Feldherren, und bewahren unge schmälert unsere Verehrung dem berühmten Staatsmanne, der ihnen zur Seite stand.

Wir halten in unwandelbarer Treue an unserm Kaiser Wilhelm II. und stellen uns zu seiner Regierung freundlich.

Aufrichtig verehren wir unsern theuern Großherzog Friedrich, von dem wir wissen und sehen, daß er das Wohl und Gedeihen seines Landes in vollster Hingebung im Herzen trägt. Auch seine obersten Räte besitzen unser Vertrauen, in der Ueberzeugung, daß sie den Prinzipien der nationalen und liberalen Sache treu bleiben. Wir wollen keine blinde Oppositionspartei sein, aber eben so wenig eine Regierungspartei, die ihre Selbständigkeit opfert, sondern eine freie, in ihren Grundsätzen festwurzelnde und unabhängige Partei bleiben. Wir wollen daher einen besonnenen Fortschritt der Gesetzgebung auf allen Gebieten, die das geistige und wirtschaftliche Wohl und Gedeihen unseres Heimathlandes umfassen.

Bei den Gegenständen, in welchen der Reichsgesetzgebung allein die Verfügungsgewalt zusteht, müssen wir uns begnügen, den Einfluß zu wecken und zu stärken, den unser Staat als solcher nach der Reichsverfassung besitzt, und die öffentliche Meinung zu gewinnen, welche im Reichstag ihr Gewicht in die Waagschale legen kann. Die Wünsche der Landwirthschaft, namentlich der Tabakbauer, der kleinen Branntweinbrenner, sowie der Weinbauer, haben wir stets eifrig unterstützt und werden es auch künftig thun, und wo Baden selbständig Erleichterungen ermöglichen kann, diese kräftig befürworten.

Die soziale Gesetzgebung halten wir zunächst für abgeschlossen. Auf die Beseitigung von Mängeln, welche auf diesem Gebiete, insbesondere bei der Unfall-, sowie bei der Invaliditäts- und Altersversicherung hervorgetreten sind, wollen wir Bedacht nehmen.

Den Wünschen nach Verminderung der Militärlasten stehen wir freundlich gegenüber, soweit die Sicherheit des Reichs nicht darunter leidet. Das badische Volk darf aber nicht vergessen, wie dankbar es im Jahr 1870 den raschen und sichern Schutz empfunden hat, den die Rüstung Deutschlands seinen Grenzen gewährte. Auch in allen andern Fragen der Reichsgesetzgebung wird es unser Bestreben sein, die Interessen unseres Landes neben denen des gesammten deutschen Reiches zu wahren.

Zu den Beschwerden, welche in unserm Lande gegenüber der Gesetzgebung und ihrem Vollzug erhoben werden, betrifft eine oft gehörte das Beamtengezet. Es sind insbesondere die geringbesoldeten Beamten der verschiedenen Dienstzweige, die sich bei der Durchführung und theilweise auch wohl durch den Inhalt des Gesetzes verkürzt halten. Wir werden dieser Frage unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden und begründeten Beschwerden gerne Abhilfe gewähren.

Das Volksschulwesen verdankt seit langer Zeit, insbesondere seit den sechziger Jahren, der liberalen Partei die wesentlichsten Förderungen, sowohl in Bezug auf den Fortschritt im Unterricht, als in Rücksicht auf die freiere und würdigere Stellung der Lehrer. Die fortschreitende Entwicklung unserer Zeit begründet aber manche neue Anforderungen. Es wird unser Bestreben sein, die Gesetzgebung, insbesondere in Betreff der Stellung der Lehrer und ihrer Hinterbliebenen zu einem endlichen Abschluß zu bringen, der gerechten Wünschen derselben entspricht. Dem Ansturm auf die gemischten Schulen werden wir entschieden Widerstand leisten. In einem konfessionell so gemischten Lande wie Baden, in welchem das freie Aufenthalts- und Niederlassungsrecht überdies mehr und mehr die konfessionelle Einheit der Gemeinden aufhebt, würde die Beseitigung der gemischten Schule nur mit großen materiellen Opfern an Geld seitens der Gemeinden und mit noch größeren sittlichen Nachtheilen und Schädigungen des Friedens der Konfessionen durchzuführen sein und könnte nur den einseitigsten Ansprüchen engherziger kirchlicher Parteien entsprechen, ohne wahrer Religiosität den geringsten Nutzen zu bringen.

Besondere Berücksichtigung erwarten auch die Fachschulen, insbesondere im Gewerbeschulwesen, sowie die neben den Gymnasien erwachsenen Mittelschulen. Wir werden die deshalb schwebenden Fragen im Sinne eines zu machenden Fortschrittes zu fördern suchen.

Den Gesamtinteressen der Landwirthschaft und der Gewerbe haben wir durch staatliche Beihilfen in steigendem Maße unsere Theilnahme gezeigt, von der Ueberzeugung geleitet, daß deren Blüthe für das Gedeihen des Staates eine Grundbedingung ist. Wir werden darin nach Möglichkeit fortfahren und dabei prüfen, ob nicht insbesondere die Organisation für Hebung des Gewerbe- und des Handwerkerstandes wirksamer gestaltet werden kann, so wie, welche Erleichterungen bezüglich der Gewerbesteuer, namentlich in deren Bezug zur Gemeindebesteuerung gewährt werden müssen. Auch bei der Landwirthschaft sind wichtige Fragen

zu lösen, insonderheit für die den Weinbau treibende Bevölkerung, deren Lage durch Mißherbste eine gefährdete geworden ist. Dahin rechnen wir die Frage nach Besteuerung des Kunstweines und nach der Grundsteuereinschätzung der Weinberge. Endlich wird noch zu prüfen sein, welche Maßnahmen gegen die wucherliche Ausbeutung aller Art zu treffen sind und in wie fern es sich empfiehlt, der Versicherung gegen Unfälle, wie Hagel, von Seiten des Staats eine Stütze zu geben.

Von hoher Bedeutung sind unter den Verkehrsanstalten die Eisenbahnen geworden und ihre Erweiterung verdient jede mögliche staatliche Unterstützung. Es gilt dies insbesondere den Lokalbahnen, welche eines Staatszuschusses bedürfen, um bauwürdig zu werden. Die Lage unserer Finanzen gestattet, ihr Zustandekommen zu fördern. Die Erleichterung und Verbilligung des Verkehrs auf den Staatsbahnen wird dormalen vielfach mit gutem Grunde angestrebt. Bei der Höhe unserer Eisenbahnschuld und den erhöhten Anforderungen des Eisenbahnbudgets muß indeß mit Vorsicht verfahren werden, wenn der ohnehin schon hohe jährliche Staatszuschuß nicht noch weiter wachsen und andere wichtige Staatszwecke beeinträchtigen oder die Steuerlast erhöhen soll. Das kann aber keinen Falls hindern, für Handel und Industrie den Verkehr durch sachmännliche Behandlung zu fördern und konkurrenzfähig gegenüber den Vortheilen zu halten, welche Nachbarverwaltungen bieten.

Die Gemeinden des Landes sind durch die Gesetzgebung und insbesondere durch die Sozialgesetzgebung des Reichs vielfach nicht bloß durch vermehrte Ansprüche an die Arbeitskraft der Gemeindevorstände, sondern auch materiell stark in Anspruch genommen worden. Es wird Aufgabe des Landtags sein, ihnen mögliche Erleichterung zu schaffen, sei es durch Entlastung bei der Arbeitsanforderung, oder durch sonstige Unterstützungen, welche, wie die Zuschüsse an die Kreise, ihnen zu Gute kommen.

Die Finanzlage des Landes kann zur Zeit als eine günstige bezeichnet werden. Nichtsdestoweniger wird es weiser Sparlichkeit bedürfen, um den vielfachen Anforderungen zu genügen, und es darf nicht vergessen werden, daß unsere Finanzen wesentlich mit denen des Reiches zusammenhängen, daß die Ausgaben des Reichs steigende sind und daß sie deshalb wohl in Bälde auf die Finanzlage der Einzelstaaten eine nachtheilige Rückwirkung ausüben könnten.

Mitbürger! Die nationale und liberale Partei ist keine Partei, die um Interessen oder einseitige Ansprüche kämpft. Ihr Ziel ist, als freie und unabhängige Partei die Wohlfahrt und Größe des deutschen Vaterlandes zu befestigen und zu erhöhen und den geistigen und wirthschaftlichen Fortschritt unserer theueren Heimath zu fördern. Sie ist keine Partei, die mit leeren und ziellosen Phrasen zu ködern sucht, sie wendet sich an Eure Einsicht, Euern Verstand, Euer sittliches Gefühl. Sie verachtet deshalb die unwahren, vergifteten und selbst verläumderischen Beschuldigungen, denen sie gegnerischer Seite ausgesetzt ist. Sie ist entschlossene Gegnerin der ultramontanen Partei, welche nicht die Freiheit des katholischen Kultus, sondern die absolute Herrschaft der Kirche auch in weltlichen Dingen über die Katholiken und die Unterwerfung der Andersgläubigen bezweckt. Der Liberalismus in Baden hat seit 1860 eine auch von katholisch-kirchlicher Autorität gebilligte liberale Gesetzgebung für die kirchliche Freiheit hergestellt. Er hat seither wiederholt Klagen der katholischen Kirche, z. B. über die Ausbildung der Geistlichen, freigiebige Abhilfe gebracht. Die Staatsregierung ist in Anwendung der Gesetze nachsichtig bis zur äußersten Grenze verfahren. — Jede Konzession hat aber nur die Feindseligkeit und Gehässigkeit der ultramontanen Partei und ihre Begehrlichkeit nach weiteren Konzessionen verschärft. Den Protestanten und Andersgläubigen haben offizielle kirchliche Altentüde

Karlsruhe, im August 1891.

Der engere Ausschuß der Partei.

Edhard C., Bankpräsident, Mannheim; Lamey, Geheimer Rath und Landtagsabgeordneter, Mannheim; Friderich, Landtagsabgeordneter, Durlach; Rießer Dr., Landgerichtspräsident und Landtagsabgeordneter, Konstanz; Fieser, Landgerichtsdirektor und Landtagsabgeordneter, Karlsruhe; Wassermann Ernst, Rechtsanwalt und Stadtrath, Mannheim; Blankenhorn Dr. Ernst, Müllheim; Brombacher Dr., Rechtsanwalt, Pforzheim; Burger, Rechtsanwalt, Offenburg; Eller, Landgerichtsrath, Konstanz; Fischer, Bürgermeister, Donau-Eschingen; Gönner, Oberbürgermeister, Baden; Klein, Landtagsabgeordneter, Wertheim; Kramer C. A., Fabrikant, Lahr; Meyer Dr. Georg, Geh. Hofrath und Professor, Heidelberg; Pfeilwider, Stadtrath, Freiburg; Wittmer, Landtagsabgeordneter, Eppingen; Reichtlin, Stadtrath, Karlsruhe; Goldschmit Dr., Professor, Karlsruhe.

Karlsruhe. — Radlot'sche Druckerei.

schwere Kränkungen zugefügt und sich in unbulbsamer Befangenheit selbst über die Gesetze des Landes weggesetzt. Nicht um einige Mönchsklöster handelt es sich, sondern um ein schrittweises Vordringen zur Herrschaft im Staate, um Neubelebung des glücklich beseitigten konfessionellen Haders und Unterwerfung der Andersgläubigen. Ja von Rom selbst aus ist neuerdings die Parole gekommen, die Herrschaft Roms auch über Deutschland mit Hilfe der französischen Demokratie herzustellen!

Nicht den Katholizismus, so wenig wie eine sonstige Religionsform bekämpfen wir, sondern wir verteidigen nur die Staatsgewalt gegen Schwächung und Unterwerfung, und wir hoffen, daß die Katholiken des Landes selbst im Gefühl der ihre Freiheit und ihren christlichen Sinn bedrohenden Gefahr dieser ultramontanen Richtung der neuen Zeit entgegentreten und ihre Anhänglichkeit an die Wohlfahrt unseres Heimathlandes bethätigen.

Die Parteileitung der Konservativen des Landes hat ihre Dankbarkeit gegen die Treue, mit der wir bei den Reichstags- und Landtagswahlen nach Verabredung für ihre Kandidaten eingetreten sind, dadurch bewiesen, daß sie sich voll auf die Seite unserer Gegner stellte, und sich um Unterstützung der Ultramontanen bewirbt. Wir können nicht glauben, daß die Konservativen des Landes dieser Schwenkung ihrer Parteileitung gehorchen und dieser übelberathenen und in keiner Weise zu verantwortenden Politik folgen werden. Die Konservativen haben seither friedlich mit uns gewählt, sie werden es auch wieder thun und sich nicht an den Ultramontanismus andrängen, der nur Spott für sie hatte und hat.

Die Reste der badischen Demokratie haben sich mit den ihnen einst feindlich gesinnten Deutsch-Freisinnigen geeinigt. Auch sie haben bei den letzten Reichstagswahlen um die Gunst der ultramontanen Partei sich beworben und sie erlangt. Wir müssen daher auch sie zu den entschiedenen Gegnern rechnen, obgleich sie auch sonst Berührungspunkte mit den Liberalen haben. Die stark negirende Richtung derselben in allen eine positive Thätigkeit verlangenden Fragen, ihre in Baden seit ihrer Vereinigung bethätigte radikale Neigung und andere Punkte scheiden sie um so mehr von uns, als sie durch die Verbindung mit den Ultramontanen ihren Grundsätzen einen bedenklichen Eintrag gethan haben.

Die sozialdemokratische Partei geht ihren eigenen Weg. Ihr Programm, in sich selbst widerspruchsvoll, führt zu Zielen, welche die bestehende Staatsordnung auflösen, und die den Arbeitern selbst verhängnißvoll werden müssen. Die Stellung der nationalliberalen Partei zur Arbeiterfrage haben die Arbeiten und Abstimmungen unserer Freunde im Reichstage gekennzeichnet. Sie haben gezeigt, daß uns die Besserung des Looses der Arbeiter ernstlich am Herzen liegt.

Mitbürger! Wir haben Euch unsere Ziele offen dargelegt. Vielfach werden unsere Gegner um Euch werben; laßt es nicht an frischem Muth fehlen, ihnen entgegenzutreten, duldet nicht, daß die Zudringlichkeit, mit der der Ultramontanismus durch seine zahlreichen Organe auf die Wahlen einzuwirken sucht, Eure freie Abstimmung beherrscht. Die guten Ueberlieferungen unseres Landes zeigen Euch, wo Ihr eine tüchtige und einsichtsvolle Vertretung erwarten dürft! Schlimme Tage der Vergangenheit belehren Euch, wohin Ueberhebung und Unbesonnenheit führen. Bedenkt, daß wir diesmal einen Ansturm von allen Seiten zu erwarten haben, daß daher jeder Einzelne seine Pflicht in vollem Maße erfüllen muß. Laßt Euch nicht lässig finden, sorgt dafür, daß jeder Gesinnungsgenosse am Wahltag seine Stimme abgebe.

Steht treu zum deutschen Reiche, steht treu zu unserm theuern Heimathlande!